

**01.06.1964** – vor fünfzig Jahren Gründung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO)  
**03.06.1989** – vor fünfundzwanzig Jahren begannen in der sowjetischen Unionsrepublik Usbekistan blutige Pogrome von Usbeken gegen die türkischstämmigen Mescheten – ein Ausdruck der ungelösten Nationalitätenfrage

# Linkes Blatt DIE LINKE.

10. Ausgabe / 24. Jahrgang

Für Halle

27. Mai 2014

Wir sagen

# DANKE

**allen Wählerinnen und Wählern,**  
sowie allen Wahlkämpfer\_innen und  
Unterstützer\_innen! Es bleibt dabei:

**100 Prozent sozial – vor und nach der Wahl!**

**DIE LINKE.**  
SACHSEN-ANHALT

## Europawahl 2014

vorläufiges Ergebnis  
(Stand 25. Mai 21:00 Uhr)

Unsere Kandidaten errangen Bundesweit  
7,5 % der Wählerstimmen.

Die Wahlbeteiligung betrug 48,3 %.

Die Partei DIE LINKE errang in Halle/S.  
24,16 % der Wählerstimmen.

Die Wahlbeteiligung in Halle/S.  
betrug 40,65 %.

Dafür Danke an unsere Wähler  
und herzlichen Glückwunsch  
an die Gewählten.

## Kommunalwahl 2014

### Halle/Saale

vorläufiges Ergebnis  
(Stand 25. Mai 23.57 Uhr)

Unsere Kandidaten errangen bei der  
Kommunalwahl in Halle/S.

25,74 % der Wählerstimmen.

Die Wahlbeteiligung betrug 38 %.

Dafür Danke an unsere Wähler  
und herzlichen Glückwunsch  
an die Gewählten.

## Berliner Parteitag der LINKEN und erste Schlussfolgerungen von Axel Troost, finanzpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE und stellvertretender Vorsitzender der Partei DIE LINKE

Der Parteitag liegt hinter uns. In den Medien findet sein Verlauf – mit einer Satzungsdiskussion, der Bestimmung und Konkretisierung von wichtigen Inhalten (Ukraine-Konflikt, Euro-Perspektive, Situation der Kommunen) und einer Neubestimmung der innerparteilichen Kräfteverhältnisse – ein umfassendes Echo. Aus meiner Sicht stehen folgende Aspekte bei der Bewertung im Zentrum:

Die alte und wiedergewählte Parteiführung (Katja Kipping, Bernd Riexinger und Matthias Höhn) hat die Partei stabilisiert.

Im Rückblick auf die harten Konflikte auf dem Göttinger Parteitag wird festgehalten:

Der Selbstzerstörungsprozess ist eingefroren, aber noch nicht überwunden. Die Partei hat seit zwei Jahren bei den Wahlen Stimmen und Prozente verloren. In den großen Flächenländern im Westen sind wir mit deprimierenden Resultaten aus den Landtagen geflogen. Der knappe Wiedereinzug in den hessischen Landtag ist noch kein Zeichen dafür, dass der Trend gebrochen ist. Der Zustrom enttäuschter SPD Leute zur LINKEN ist versiegt, das Verhältnis zu den Gewerkschaften durchaus eingetrübt. In etlichen Kommunen im Westen sind Ratsfraktionen zerfallen.

Ein Aufbruch wird von der alten Parteiführung propagiert, aber nur zögernd umgesetzt. Eine Zukunftsstrategie, mit der Sozialdemokratie und Grüne herauszufordern wären, fehlt. Daher sind die Machtperspektiven auf wenige Regionen begrenzt.

Im aktuellen Ukraine-Konflikt steht DIE LINKE weder an der Seite

Russlands noch an der Seite der Nato. Parteichefin Katja Kipping kritisiert die mangelnden demokratische Freiheiten in Russland und die wachsende soziale Spaltung sowie die düsteren sozial-ökologischen Perspektiven.

Mindestens eine deutliche Minderheit der Parteitagsdelegierten unterstützt ein rot-rotgrünes Politprojekt; allerdings bleiben die Vorstellungen der Konkretisierung reichlich unscharf. Die Partei Die Linke beschwört ansonsten wie häufig das Auftauchen von sozialen Protestbewegungen.

Ob uns diese mediale Spiegelungen oder das Echo der herrschenden Medien passt oder nicht, wir können es auch als parteiinternes Aufgabenprogramm verstehen und umsetzen. Wollen wir Ende der laufenden Parlamentsperiode ein deutlich aufgehellteres Bild erhalten, muss der neue Parteivorstand zügig an die Umsetzung der beschlossenen Aufgaben gehen.

Die antikapitalistischen Strömungen und Tendenzen in und außerhalb der Partei stimmen überraschenderweise dem Tenor der Stabilisierung der Partei seit Göttingen zu. Allerdings wird hier betont, dass diese Konsolidierung mit einer Linksverschiebung einhergegangen ist. Das eindeutige Zeichen für eine Stärkung des linken Flügels sei, dass die klare Antikriegsposition an Einfluss gewonnen habe. Die LINKE ist und bleibt die Antikriegs- und Friedenspartei im Deutschen Bundestag und auf der Straße.

Aus seiner Enttäuschung über einige Wahlentscheidungen des Parteitages macht das „Forum demokratischer Sozialismus (FDS) keinen

Hehl, wenn es in einer ersten Erklärung bedauert, dass seine personellen Vorschläge für den Parteivorstand „nicht angenommen“ worden seien.

Auch nicht verschwiegen werden kann, dass in der „Jungen Welt“ Andreas Wehr entgegen den anderen Urteilen eine weitere Rechtsverschiebung der Partei auszumachen glaubt. Die Begründung für diese Tendenz zur Destabilisierung und Schwächung der antikapitalistischen Ausrichtung: „Riexinger wurde zwar in Göttingen als Parteilinker gewählt, doch unmittelbar danach hat er die Agenda des rechten Flügels übernommen, und die Parteilinke hat das toleriert. So attackierte er Oskar Lafontaine, als dieser es wagte, über Alternativen zum Euro für die gebeutelten EU-Staaten an der Peripherie nachzudenken. Mit ihm sei ‚Nationalismus nicht zu machen‘ verkündete Riexinger auf dem Dresdner Parteitag 2013. Im Bundestagswahlkampf verging kaum eine Woche, in der er nicht über mögliche Bündnisse mit SPD und Grünen schwadronierte.“

Mich überzeugt diese These einer Rechtsverschiebung im innerparteilichen Kräfteverhältnis nicht. Ich teile die Position, dass ein Rückfall in nationalstaatliche Positionen und Prioritäten auch in Europa keinen sozialen und politisch-demokratischen Ausweg aus den Krisenprozessen eröffnet.

Die Krise in Europa ist noch längst nicht überwunden. Aber wir haben die Chance mit einer europäischen Lösung den gravierenden ökonomischen und politischen Fehlentwicklungen entgegenzutreten. Die Eu-

europäische Linke kann eine führende Rolle bei der Entwicklung Europas spielen. Wir können eine andere europäische Entwicklung auf den Weg bringen. Dazu müssen wir die neoliberale Sparpolitik beenden und für die europäischen Völker und Länder eine neue ökonomische Logik durchsetzen, die für alle eine Chance zur eigenständigen ökonomischen Perspektive eröffnet.

Kritik an der EU ist in vielerlei Hinsicht unverzichtbar und dringend nötig. Aber ein Rückgriff auf eine nationalstaatliche Lösung hilft uns nicht weiter. Die EU ist auch nicht per se ein neoliberales Projekt. Der Grund für die in vielerlei Hinsicht falsche Politik der EU sind der Europäische Rat bzw. die ihn dominierenden Regierungen und nur in zweiter Linie eine Brüsseler Zentraladministration. Im Europäischen Rat wird die neoliberale Politik der EU geformt und beschlossen. Wer dies ändern will, der muss sich entsprechend mit der hegemonialen und jüngst auch aggressiv-dominanten Rolle einzelner neoliberal ausgerichteter Regierungen, allen voran der deutschen Bundesregierung, auseinandersetzen. Wer ein anderes Europa will, darf daher nicht zuerst

gegen Brüsseler Bürokraten, sondern muss primär gegen die politischen Akteure in Berlin vorgehen. Wir haben die Chance eine radikal veränderte Wirtschaftspolitik in Europa durchzusetzen, die die vielfältigen Besonderheiten der Ökonomien in Europa aufgreift und allen eine gemeinsame Entwicklungsperspektive eröffnet. Und wegen dieser Alternative zur Spar- und Austeritätspolitik müssen wir zwangsläufig die Institutionen, ja die ganze Grundlage der EU verändern. Das heutige Europa – der Gemeinsame Markt und die Europäische Union – wurde auf dem Fundament bestimmter Prinzipien errichtet: kein Krieg mehr in Europa, universale Menschenrechte und ein Gesellschaftsvertrag, der auf mehreren Säulen ruht: soziale Inklusion und Absicherung, ein öffentliches Bildungs- und Gesundheitswesen und eine allgemeine Daseinsvorsorge, schließlich die schrittweise Annäherung des Lebensstandards der ärmeren Regionen an das Niveau der erfolgreichsten Länder. An dieses Fundament will die europäische Linke anknüpfen und endlich ein soziales Europa verwirklichen.

#### ... und wie jetzt weiter?

Als wiedergewählter stellvertretender Parteivorsitzender will ich mich in der nächsten Zeit für eine weitere Stabilisierung der Partei einsetzen, was eben auch die Bündelung der verschiedenen politischen Spektren und Talente bedeutet. In den kommenden zwei Jahren werden wir mit unserer Arbeit über das Schicksal unserer Partei als gesamtdeutscher Protest-, Bewegungs- und auch Gestaltungskraft entscheiden. Der schon im November letzten Jahres von den beiden Parteivorsitzenden entwickelte Vorschlag eines Zukunftskongresses sollte nun

mit frischer Kraft nach den Landtagswahlen im Herbst umgesetzt werden. Bei seiner inhaltlichen Gestaltung plädiere ich für eine Ausrichtung an den konkreten gesellschaftlichen Widersprüchen. Dies heißt vor allen auch: Für einen großen Teil der Bevölkerung ist die chronische Unterfinanzierung der Kommunen und eine zunehmende Verschärfung der Wohnsituation mit immer weniger bezahlbarem Wohnraum auch außerhalb der Metropolen eine zentrale Erfahrung von Verlust von Lebensqualität. Dabei ist das gesamte Umfeld der öffentlichen Daseinsvorsorge – von kompetenten und transparenten kommunalen Unternehmen bis zur guten Qualität aller kommunalen Angebote – entscheidend für die Lebensqualität von Bürgerinnen und Bürgern und den spürbaren sozialen Ausgleich.

Die Zurückdrängung oder gar Überwindung des neoliberal entfesselten Kapitalismus ist ohne ein breites gesellschaftlich-politisches Bündnis – unter Beteiligung der Sozialdemokratie und Teilen des grünen Spektrums – nicht zu haben, auch wenn an der selbstkritischen Korrektur der strategischen Option der Sozialdemokratie zurecht

Zweifel bestehen. Unsere Alternativen einer strategischen Ausrichtung dürfen nicht eingleisig, reduziert und möglichst simpel ausfallen, sondern müssen differenziert auf die gesellschaftlichen Konflikte eingehen. Dazu gehört auch eine linke Alternative zum Länderfinanzausgleich. Aus LINKER Sicht muss der Kern des Länderfinanzausgleichs ein sozialer und solidarischer Föderalismus sein. Die derzeitige Situation, dass sich Bundesländer vor allem als Konkurrenten betrachten, muss beendet werden.

#### Linkes Blatt

##### Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand  
Blumenstraße 16  
06108 Halle (Saale)  
Telefon 0345 / 20 255 90  
eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de  
Sven Knöchel (v.i.S.d.P)  
Herstellung: Eigendruck  
Erscheinungsweise: 14 - tägig  
Auflage: 400 Exemplare

##### Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:  
23.05.2014  
Redaktionsschluss der nächsten  
Ausgabe: 05.06.2014

Linke Alternativen einer strategischen Ausrichtung müssen differenziert auf die gesellschaftlichen Konflikte eingehen. Damit verbunden ist die Frage, wie DIE LINKE ihre systemkritische Sicht auf die anhaltende Krise des Finanzmarktkapitalismus in einen größeren politischen Einfluss umsetzen kann.

Wir brauchen eine progressive Besteuerung aller Kapital- und Vermögenseinkommen und wir

müssen neben der Kontrolle von Finanztransaktionen auch eine entsprechende Besteuerung durchsetzen. Vor allem müssen wir einen neuen Modus der Investitionen und der gesellschaftlichen Steuerung der Ökonomie erreichen. Die Privatisierung der sozialen Sicherheit muss rückgängig gemacht und alle Einkommensarten zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden. Dabei werden wir auch

nicht um die Überprüfung der Frage herumkommen, warum die Delegitimierung von Elementen sozialer Sicherheit (Rente, Krankenversicherung) so stark werden konnte. Ein einfaches Zurück wird es auch hier nicht geben können. Deshalb muss die Dialog- und Kooperationsfähigkeit zwischen der politischen Linken, zivilgesellschaftlichen Gruppen und den Gewerkschaften verstärkt werden.

## In Berlin - und (H)alle dabei [4]

„Zwangsverrentung stoppen!“ ist das passende Fazit zur vierten Kolumne von Petra Sitte, die sich mit dem Zusammenhang von politischer Arbeit in Bundestag und den Entwicklungen im Wahlkreis beschäftigt.

Als Bundestagsabgeordnete kann man sich, wie im restlichen Leben auch, nicht mit allen Themen in gleichem Maße befassen. Die Arbeit in den jeweiligen Ausschüssen und Kommissionen bringt eine thematische Spezialisierung fast zwangsläufig mit sich. So auch bei meinem Fraktionskollegen Matthias W. Birkwald, unserem rentenpolitischen Sprecher. Er ist ganz sicher kein „Fachidiot“ im negativen Sinne, doch wenn es um das Thema Renten geht, kennt sich niemand besser aus als er. Das gilt auch für die spezielle Frage der Zwangsverrentungen, die mir in meinen monatlichen Sprechstunden und auch in zahlreichen Gesprächen unterwegs in Halle in letzter Zeit immer häufiger begegnet. Das bedeutet nicht, dass „Zwangsverrentung“ ein neues Problem wäre: Der entsprechende § 12a des Zweiten Sozialgesetzbuches wurde bereits 2008 von der damaligen Großen Koalition verabschiedet. Doch mit dem Auslaufen von Übergangsregelungen sind nun immer mehr

ältere Menschen davon betroffen. Genaue Zahlen gibt es leider nicht, da sich die Bundesregierung bisher weigert, eine entsprechende Anweisung an die Arbeitsagenturen zu erlassen. Matthias Birkwald geht jedoch davon aus, dass allein 2014 ca. 65.000 Menschen in Deutschland davon betroffen sein können. Das sind all jene Erwerbslosen, die in diesem Jahr entweder ihren 63. Geburtstag feiern oder als 63-65jährige in diesem Jahr aus dem ALGI herausfallen, d.h. länger als ein Jahr arbeitslos sind.

Denn § 12a SGB II besagt im Grunde genau dies: Wer das 63. Lebensjahr erreicht hat und Hartz IV bezieht, muss seine Verrentung beantragen. Tut er dies nicht, wird der Rentenanspruch vom Amt gestellt - eine Zwangsverrentung eben. Was das für die Betroffenen bedeutet, hat Matthias Birkwald folgendermaßen zusammengefasst:

„Zwangsverrentungen bedeuten für die betroffenen Personen massiv und dauerhaft abgesenkte Renten, weil für jeden Monat ein Abschlag von der Rente in Höhe von 0,3 Prozentpunkten veranschlagt wird. Ein/e sog. EckrentnerIn (West) muss dauerhafte eine Rentenkürzung von 8,1 %, d.h. gut 100 Euro pro Monat verkraften – es verbliebe eine Nettorente von 1100 Euro -

wenn er/sie mit 63 Jahren aus dem SGB II Leistungsbezug in die vorgezogene Altersrente wechseln müsste. Am schlimmsten trifft es diejenigen, die durch die Abschläge dauerhaft auf Fürsorge angewiesen sind. Sie müssen bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze Sozialhilfe beantragen – eine Fürsorgeleistung, die bis heute auf die Einkommen und Vermögen von Kindern und Eltern zurückgreift!“

Das ist schon skandalös genug, reicht der Regierung aber offenbar noch nicht. Wie ist es anders zu bewerten, dass die monatlichen Abschläge bei Frühverrentung bis 2027 Schritt für Schritt noch weiter steigen werden? Wer das Pech hat, erst dann die Altersgrenze erreicht zu haben, muss mit Abschlägen bis 14,4 % rechnen; bei einem Rentenanspruch von 900 Euro verliert man da etwa 130 Euro - weil einen das Amt per Zwang in die Rente befördert.

Und die Begründung der Regierung für diese Regelung? Die Rente sei eben eine „vorrangige Leistung“, Hartz IV eine nachrangige. Was sich liest wie ein Naturgesetz, ist selbstverständlich keines, sondern Ausdruck des Regierungswillens. Es wäre der Regierung ein Leichtes, diese Regel zu modifizieren. Dann aber würden die älteren Er-



werbslosen nicht einfach aus der Statistik verschwinden, denn die Zwangsverrentung trägt ihr Scherflein zum „Jobwunder“ Deutschland bei - auf dem Rücken aller Betroffenen, die ihren früheren Renteneintritt teuer bezahlen.

Am 09. Mai haben wir als Bundestagsfraktion den Antrag gestellt, diese unsoziale Praxis sofort abzuschaffen. Aktuell wird der Antrag in den Ausschüssen für Arbeit und Soziales sowie im Rechtsausschuss beraten; die Redner\_innen der Regierungskoalition haben in ihren Beiträgen aber schon deutlich zum Ausdruck gebracht, dass sie unse-

ren Antrag ablehnen werden.

Für alle Betroffenen bleibt zu hoffen, dass die Regierung auch in diesem Fall ihr ganz eigenes Verständnis von politischer Zusammenarbeit zelebriert: Nicht zum ersten Mal könnten sie einen unserer Anträge einfach kopieren, nachdem sie das Original abgelehnt haben. Zu befürchten ist allerdings, dass CDU/CSU und SPD Zwangsverrentungen nicht als Fehler erkennen, sondern als Teil ihrer im Wortsinne asozialen Politik. Den Standpunkt der LINKEN dagegen brachte wiederum Matthias Birkwald in der Jungen Welt auf

den Punkt: „Hartz IV ist und bleibt Armut per Gesetz. Zwangsverrentungen sind und bleiben Altersarmut per Gesetz. Deshalb müssen sie sofort und bedingungslos abgeschafft werden.“

Bis sich diese Meinung endlich durchgesetzt hat, sei den Betroffenen vor allem eines empfohlen: Widerspruch gegen die Zwangsmaßnahme einlegen und gleichzeitig beim Sozialgericht die aufschiebende Wirkung für den Widerspruch beantragen. Denn je länger sich das Verfahren verzögert, desto geringer sind später die Abschläge.

Dr. Petra Sitte

**Weitere Hilfen und Informationen finden sich z.B. unter [www.linksfraktion.de/zwangsverrentung](http://www.linksfraktion.de/zwangsverrentung)**

## **Zum geplanten Freihandels- und Investitionsabkommen USA-EU (TTIP)**

**Auf Bitte der Redaktion von „mitmischen.de - der Jugendseite des Deutschen Bundestages“ hat Helmut Scholz Fragen zum geplanten Freihandels- und Investitionsabkommen USA-EU (TTIP) beantwortet. Da in dem dann veröffentlichten Text die Einschätzungen des Handelsexperten der Linksfraction auf wenige Sätze „geschrumpft“ wurden, möchten wir Ihnen das gesamte Interview zur Verfügung stellen. Den Beitrag von „mitmischen.de“ könne Sie unter dem Link [http://www.mitmischen.de/diskutieren/topthemen/politikfeld\\_wirtschaft/TTIP/Hintergrund/index.jsp](http://www.mitmischen.de/diskutieren/topthemen/politikfeld_wirtschaft/TTIP/Hintergrund/index.jsp) lesen.**

**Frage: Wem nützt das Abkommen, wem schadet es?**

**Antwort Helmut Scholz:** Handel ist eine uralte Form der friedlichen Koexistenz von Bevölkerungen und Regionen. Erfolgt der Handel zu fairen Bedingungen, nützt er der Entwicklung beider Seiten. Produzieren die beiden Seiten allerdings die selben Waren, so kommt es zur Konkurrenz und Preis und Qualität der gehandelten Waren werden ausschlaggebend. Durch die Erhebung von Zöllen und durch die Definition von Qualitätsstandards können Regierungen regulierend in die Handelsströme eingreifen. Nehmen wir Eier als Beispiel. In der Europäischen Union finden die Verbraucherinnen und Verbraucher Tiererschutz wichtig. Sie möchten wissen, dass ihre Frühstückseier von glücklichen Hühnern kommen. Freiland-

haltung und biologische Produktion der Eier erzeugt allerdings höhere Kosten, als wenn die Eier wie in den USA von Hühnern in Käfigen mit der Grundfläche eines DIN A5 Blattes produziert werden. Wenn durch das TTIP Abkommen die Zölle auf die Einfuhr von Eiern wegfallen und die Spielregeln für die Produktion (Käfiggröße) nicht gleich sind, nutzt das denjenigen, die vor allem billig produzieren und es schadet den Landwirten, die auf artgerechte Produktion umgestellt haben. Ähnliches gilt für den Einsatz von Technologie in der Landwirtschaft, wie zum Beispiel genetische Manipulation von Saatgut oder industrielle Formen der Bewirtschaftung mit großen Kostenvorteilen gegenüber kleinen Gütern in dörflichen Strukturen. TTIP wirkt sich also darauf aus, was auf unserem Frühstück-

tisch landet, ob unsere Dörfer weiter funktionieren und welchen Stellenwert auch in Europa in der Landwirtschaft künftig der Umwelt- und der Tierschutz haben. Bei TTIP geht es darum, wie wir künftig leben wollen.

**Frage: Wer profitiert davon, und wer nicht?**

**Antwort:** Von diesem Abkommen würden vor allem besonders große Hersteller und Dienstleistungsunternehmen wie große Banken und Versicherungen profitieren, die einen stark vergrößerten Markt auch bedienen können. Profitieren würden vor allem Konzerne, während kleine Buchhandlungen, Blumenläden, Metzger oder Sparkassen neue und sehr starke Konkurrenz erhalten würden. Vor allem Menschen, die auf's Geld achten müssen, würden eher die billigeren Angebote

aus der Großproduktion wählen. Am Ende hätte das negative Auswirkungen auf die Auswahl und die Arbeitsplätze, wenn die kleineren Anbieter schließen müssen. Die Folgen sehen wir schon heute in vielen Innenstädten, durch TTIP würde dieser Trend weiter verstärkt. Das Wort Profit taucht im Verhandlungstext des Abkommens zudem noch in einem anderen folgenschweren Zusammenhang auf: dem Schutz der erwarteten Profite von Investoren. Wenn der Profit eines Investors zum Beispiel durch ein neues Gesetz zum Umweltschutz oder zum Gesundheitsschutz verringert würde, dann soll der Investor durch ein im TTIP verankertes besonderes Klagerecht gegen die Regierung oder die EU-Kommission Schadensersatz einfordern können. Abgekürzt heißt dieses Verfahren ISDS (Investor-to-State Dispute Settlement) Entscheiden soll über die Klage nicht ein normales Gericht, sondern ein Sondertribunal aus drei Wirtschaftsanwälten. Die großen Investoren würden daher von TTIP profitieren, Gesellschaft und Demokratie hätten hingegen ein großes Problem. Ein solches Klagerecht gibt es bereits in der internationalen Energiecharta und der Stromkonzern Vattenfall nutzt es aktuell, um die Bundesregierung wegen des Gesetzes zum Ausstieg aus der Atomenergie zu verklagen.

**Frage: Warum ist es politisch umstritten?**

**Antwort:** Besonders das eben beschriebene Sonderklagerecht für Investoren ist sehr umstritten. Verbraucherschutzorganisationen, Umweltschützer, Gewerkschaften sowie Linke und Grüne laufen dagegen Sturm. Auch die Bundesregierung argumentiert inzwischen dagegen. Der Protest ist so stark geworden, dass die EU-Kommissi-

on sich inzwischen gezwungen sah, ein öffentliches Beratungsverfahren dazu auf ihrer Webseite einzurichten. Noch bis Mitte Juni kann sich daran jede Bürgerin und jeder Bürger beteiligen. Die Sorge ist, dass durch ISDS schon die Androhung von Klagen fortschrittliche neue Gesetze verhindern kann. Warum dann noch wählen gehen?

Umstritten ist auch der wirtschaftliche Nutzen des Abkommens. Die Bundesregierung und die EU-Kommission versprechen Wachstum und Arbeitsplätze durch TTIP, vor allem wenn es gelänge, in den Verhandlungen störende Unterschiede in den Standards und Regulierungen abzuschaffen. Dabei stützen sie sich immer auf die gleichen wissenschaftlichen Studien, die von der Kommission und in einem Fall von der Bertelsmann-Stiftung in Auftrag gegeben worden waren. Die Linksfraktion im Europäischen Parlament wollte wissen, ob wirklich stimmt, was diese Studien versprechen und hat eine Gruppe von Wissenschaftlern von einem österreichischen Institut mit der Untersuchung beauftragt. Ergebnis: In den Studien wurde unsauber gearbeitet. So ging man zum Beispiel von Vollbeschäftigung und voller Mobilität der Arbeitnehmer aus. Wer seinen Job in dem einen Wirtschaftssektoren verliert, würde sofort in einem anderen Sektor an einem anderen Ort neue Arbeit finden. Die Praxis zeigt: So einfach geht das leider nicht. Auch die Abschaffung von Umweltstandards kann hohe Folgekosten nach sich ziehen. Verschmutzte Flüsse machen vielleicht die Produktion für ein Unternehmen billiger, sind aber sehr teuer für die Allgemeinheit. Hier entsteht dann auch der aktuelle Streit in der Gesellschaft: Konzerne haben zum Beispiel bei Abgasnormen für Au-

tos oft ganz andere Interessen als die Gesellschaft. In unserer Demokratie hat die Vernunft nun endlich begonnen, sich durchzusetzen. Das sollte nicht durch ein konzernfreundliches Abkommen wieder unterlaufen werden können. Der Versuch ist eindeutig da.

**Frage: Wie betrifft es einen 16-Jährigen Jugendlichen und warum sollte er sich dafür interessieren?**

**Antwort:** Mit 16 ist man von so großen gesellschaftlichen Veränderungen, wie sie das TTIP bringen könnte, mindestens genauso betroffen wie ältere Bürgerinnen und Bürger. Wer jung ist, muss schließlich noch sein ganzes Leben mit den Folgen leben. Bei TTIP geht es wirklich um eine Weichenstellung. Wir haben bei der Schaffung des Europäischen Binnenmarktes gelernt, dass sich der Markt nicht von alleine regelt und das wir große demokratische Fortschritte wie die Stärkung des Europäischen Parlaments machen mussten, um auf die Folgen des großen Marktes für alle Lebensbereiche reagieren zu können. Wir mussten europaweite Umweltgesetze schaffen, um unfairen Wettbewerb auf Kosten der Umwelt zu verhindern. Beim Sozialschutz und bei den Rechten von Arbeitnehmern und Gewerkschaften haben wir noch viele Aufgaben vor uns. Viele dieser Aufgaben müssen in der Zukunft von den jungen Menschen gelöst werden, die heute 16 sind. Was dann noch geht, wird auch durch TTIP begrenzt. Werdet also jetzt aktiv, damit nicht ein transatlantischer Binnenmarkt geschaffen wird, dem die demokratische Dimension fehlt und durch den Rückschritte im Umwelt-, Sozial- und Gesundheitsschutz und bei den beruflichen Perspektiven drohen.

## **Buchtipps**

### **6. Reprint von EPPER**

Der hallesche Verlag & Verlagsservice Rüdiger Schneidewind ist seit Jahren dem humoristischen Werk des bekannten Karikaturisten Arthur Epperlein – den Hallensern (zumindest den älteren) meist nur als Epper bekannt – verpflichtet. Die begehrten Epper-Bücher (damals oft nur als „Bückware“ erhältlich) werden in Reprintausgaben neu herausgebracht. Nun liegt das sechste Bändchen (ohne Titel, Nachdruck von 1973) vor. Für den 1919 in Danzig geborenen Epperlein wurde nach dem Krieg Halle zu seiner Heimatstadt, wo er 1995 auch verstarb.

In seinem sechsten Witzbuch hat Epperlein wieder zahlreiche komische Situationen des Alltags aufgegriffen. Er entführt mit seinen Zeichnungen aber auch in den Weltraum oder in die Welt des Theaters, wo z.B. Papa Tell an seinen Schießkünsten verzweifelt. Während der Apfel auf dem Kopf seines Sohnes noch auf den Volltreffer wartet, ist die ganze Bühnenausstattung schon demoliert. Mitunter hat Epper auch hellseherische Qualitäten: Da prahlt eine Mutter gegenüber der Nachbarin, dass ihr kleiner Sohnemann schon selbst telefonieren kann. Auf der anderen Hausseite liefert ein riesiges Speditionsfahrzeug bereits die ersten Spielsachen an. Heute, 2014, sicher keine Seltenheit, wo schon die Kleinsten mit dem Handy umgehen können. Schmunzeln ist garantiert. Manfred Orlick

**EPPER Nr. 6, 1. Auflage 2014, 80 Seiten, paperback, original Epperformat 12x19 cm, Verlag & Verlagsservice Fa. Schneidewind, 978-3-939040-41-5, Preis: 4 Euro.**

### **Olé, olé, Frau Kanzlerin**

Ist sie nicht flott, unsere Kanzlerin, wie sie im -Fußballstadion vor Begeisterung vom Sitz springt? Wie sie Küsschen rechts, Küsschen links Obama -begrüßt? Wie sie im Bundestag ihre Entscheidungen und Nichtentscheidungen vorträgt? Wie sie über den roten Teppich in Bayreuth huschelt oder durch die Uckermark wandert? Und wie sie sich erst am Herd macht! „Ich koche sehr gern, am liebsten Rouladen und Kartoffelsuppe. Mein Mann beschwert sich selten. Nur auf dem Kuchen sind ihm immer zu wenig Streusel.“ Wird es zu ihrem Geburtstag Selbstgebackenes geben? Hier kommen jedenfalls schon mal die satirischen Streusel: Sprüche, Zitate, Cartoons.

**„Olé, olé, Frau Kanzlerin“, Eulenspiegel Verlag, 96 Seiten, 11,4 x 17,7 cm, broschürt, Preis: 6,99 Euro, ISBN 978-3-359-02442-2.**

### **Rosa Luxemburg Gesammelte Werke. Band 6**

Mit diesem Band wird begonnen, die „Gesammelten Werke“ Rosa Luxemburgs zu ergänzen; der letzte Band erschien 1975. In Band 6 werden für die Zeit von 1893 bis 1906 insgesamt 270 Dokumente erstmalig bzw. wieder veröffentlicht. Dabei handelt es sich vorwiegend um deutsche Texte. Aus dem Französischen sind acht Übersetzungen enthalten, aus dem Russischen eine. In den nächsten Jahren sollen zwei weitere Bände die Werkausgabe vervollständigen. Damit wird zum ersten Mal eine Gesamtausgabe aller erhalten gebliebenen Dokumente Rosa Luxemburgs, einschließlich der handschriftlichen Zeugnisse in Gestalt von Entwürfen, Gedankenskizzen und Notizblättern, vorliegen.

**Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke. Band 6, Herausgegeben von Annelies Laschitzka und Eckhard Müller, 992 Seiten, gebunden mit Schutzumschlag, Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2014, ISBN 978-3-320-02301-0, Preis: 49,90 Euro.**

### **Zeugin aus Auschwitz**

Als Siebzehnjährige nach Auschwitz deportiert, wird Zipora Feiblowitsch Zeugin unvorstellbarer Grausamkeiten und Verbrechen. Sie erlebt die SS-Mannschaften als willige Vollstrecker, jüdische Mithäftlinge, die im Konzentrationslager zu Bestien geworden sind, doch ebenso Gesten von Mitmenschlichkeit.

In ihrem erschütternden Buch berichtet die gläubige Jüdin von ihren Erfahrungen mit Gewalt und Tod und von ihren Familienangehörigen, die sie durch die Shoah verlor. Aber auch von der Kraft des jüdischen Glaubens und dem Land ihrer Sehnsucht, Israel, in dem sie sich seit 1947 zu Hause fühlt. Sie erfüllt so ihre selbst gestellte Lebensaufgabe, die Gräueltaten an ihrem Volk nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, damit das, was damals geschah, nie wieder geschieht. Mit ihrer Geschichte hat sie dem „Ozean von Tränen und Blut“ einen weiteren Tropfen hinzugefügt.

**Zipora Feiblowitsch, Z.: „Der Tag war kein Tag, das Leben war kein Leben“, mitteldeutscher Verlag, 176 Seiten, 148 x 210, mit s/w-Abbildungen, ISBN 978-3-95462-310-5, Preis: 12,95 Euro.**

Diese Titel können über den Verlag & Verlagsservice, Fa. Schneidewind, Tel.: 5170956, [kontakt@verlag-schneidewind.de](mailto:kontakt@verlag-schneidewind.de) bestellt werden.

# Ukraine: Stoppt Eskalation und drohenden Krieg

## Wir sagen NEIN zu:

- Einsatz von Militär und Privatarmeen
- Kriegshetze und Kriegsvorbereitung
- Konfrontation mit Russland
- Wirtschaftlichen und politischen Sanktionen
- NATO- und EU-Osterweiterung
- Verharmlosung und Unterstützung von Faschisten

## Von der Bundesregierung fordern wir:

- Keine NATO-Manöver in Osteuropa
- Keine Rüstungsexporte in die Region
- Schluss mit jeglicher Eskalationspolitik
- Keine Zusammenarbeit mit Faschisten

Wir sind solidarisch mit allen antifaschistischen und emanzipatorischen Kräften in der Ukraine.

**Wir ergreifen Partei für den Frieden.**

**Demonstration am 31. Mai in Berlin  
Treffpunkt 5 vor 12 Uhr  
Potsdamer Platz**

**Anti-Kriegsbündnis-Ukraine**



## **Auch für den Ukraine-Konflikt gilt: Internationale Solidarität Beschluss der 2. Tagung des 4. Parteitages Nie wieder Krieg. Nie wieder Faschismus**

Mit dem mörderischen Anschlag auf das Gewerkschaftshaus in Odessa, bei dem mindestens 46 Menschen, vermutlich deutlich mehr, getötet wurden, hat die rechte Gewalt in der Ukraine nach zahlreichen Angriffen auf Büros und dem physischen Terror gegen Mitglieder linker und antifaschistischer Organisationen einen neuen Höhepunkt erreicht, ist die Gefahr eines Bürgerkriegs bedrohlicher geworden. Linke Aktivistinnen und Aktivisten stehen auf schwarzen Listen der Rechten und können sich in Kiew und der Westukraine nicht mehr frei bewegen. DIE LINKE verurteilt die gewaltsamen Übergriffe und die Eingriffe in politische Betätigungsrechte derer, die in Opposition zur derzeitigen Übergangsregierung stehen. DIE LINKE erklärt ihre ausdrückliche Solidarität mit den Opfern. DIE LINKE ist solidarisch mit allen demokratischen, antifaschistischen Kräften in der Ukraine. DIE LINKE fordert alle Konfliktparteien – d.h. auch die NATO, die Bundesregierung, die EU, die US-Administration und die russische Regierung – auf, auf eine weitere Eskalation zu verzichten.

Die große Mehrheit in Europa will keinen Krieg und keine Zuspitzung der Kriegsgefahr in Europa. Sie wollte keinen Krieg in Jugoslawien, nicht im Irak und Afghanistan, nicht in der Ukraine. Auch und gerade im Konflikt um die Ukraine müssen Gewalt, die Androhung von Gewalt, die Drohung mit einem Dritten Weltkrieg, muss jegliche Kriegsrhetorik unterbleiben. Sonst besteht die Gefahr, dass dem Krieg der Worte der Krieg der Waffen folgt. Abrüstung beginnt verbal. Abrüstung beginnt damit, dass Abstand genommen wird von einseitigen Feindbildern. Dialog statt Sanktionen, Diplomatie statt Drohungen – das ist der Inhalt der Vorschläge der LINKEN. DIE LINKE steht an der Seite der Friedensbewegung gegen eine weitere Eskalation der Kriegsgefahr in Europa!

Anders als es die Bundesregierung darstellt, ist nicht in erster Linie Russland für die Zuspitzung der Situation um die Ukraine verantwortlich. Schon die Bejahung einer Auflösung des Warschauer Vertrages bei gleichzeitiger Ablehnung der Auflösung der NATO verhinderte den Aufbau eines gemeinsamen Hauses Europa, die Schaffung einer Sicherheitsstruktur unter Einschluss Russlands. Das war ebenso falsch wie der Bruch des Versprechens, eine Osterweiterung der NATO nicht vorzunehmen. Die Sicherheitsinteressen Russlands

wurden durch die Stationierung von amerikanischen Raketen in Tschechien und Polen missachtet.

DIE LINKE hat die Völkerrechtsbrüche beim Krieg gegen Jugoslawien bzw. Serbien, bei der Abtrennung des Kosovo und den militärischen Interventionen im Irak und in Libyen verurteilt. Die Aufnahme der Krim in die russische Föderation ist ebenfalls völkerrechtswidrig. DIE LINKE versteht sich als Partei des Völkerrechts und will das Völkerrecht stärken.

Wir lehnen alle Drohungen mit wirtschaftlichen Sanktionen, mit militärischer Intervention oder gar den unmittelbaren Einsatz von Militär ab. Der Antiterrorereinsatz muss beendet und der Einsatz der ukrainischen Armee muss beendet und die Nationalgarden müssen sofort in die Kasernen zurückgeholt werden. Nur Verhandlungen, die friedliche Einigung auf gemeinsame Lösungen, können die Konflikte deeskalieren.

Es gab für die Menschen auf dem Kiewer Maidan gute Gründe, gegen die Regierung von Viktor Janukowitsch zu protestieren. Seine Regierungszeit war gekennzeichnet von Korruption und dem Abbau demokratischer Rechte. Die Macht und die Herrschaft von Oligarchen unterschiedlicher wirtschaftlicher und politischer Ausrichtungen haben die Lebensverhältnisse der Menschen in der Ukraine stets negativ beeinflusst. Das Tragische ist, dass wir gerade Zeugen davon werden, wie diese Ziele in ihr Gegenteil verkehrt werden.

\* Es steht zu befürchten, dass die sozialen Verwerfungen zunehmen.

\* Gleichzeitig bleibt das Vermögen der Oligarchen weiterhin unangetastet.

\* Und in einer militärisch so aufgeheizten Stimmung wird es nicht mehr demokratische Rechte, sondern stattdessen mehr Autoritarismus geben.

Die Hoffnung der Maidan-Demonstranten, eine Annäherung an die EU durch das Assoziierungsabkommen würde eine Verbesserung der politischen und wirtschaftlichen Situation bewirken, war illusionär. Bei diesem Abkommen ging es nicht um eine verbesserte Reisefreiheit für Ukrainerinnen und Ukrainer in der EU, sondern um die Durchsetzung neoliberaler Wirtschaftsideologien. Die Durchsetzung der von der EU und dem Internationalen Währungsfonds angestrebten neoliberalen Reformen in der Ukraine würde zu einer drastischen Anhebung der Energiepreise, zu

einer Zerstörung der industriellen Basis im Osten der Ukraine führen und für weite Teile der Bevölkerung eine noch größere Verarmung bedeuten. Es gab also genügend Gründe für den früheren Präsidenten Janukowitsch, das Assoziierungsabkommen mit der EU abzulehnen.

Ein schwerer Fehler der demokratischen Kräfte auf dem Maidan war allerdings, die Mitwirkung der faschistischen Partei Svoboda und anderer Kräfte des rechten Sektors zu akzeptieren. Nicht minder verwerflich war es, dass der Westen, auch die Bundesregierung, trotz dieses starken faschistischen Einflusses dem nicht entschieden entgegentrat, sondern die gewaltsamen Proteste bis zuletzt anfeuerte. Dadurch haben sie dazu beigetragen, Faschisten salonfähig zu machen.

Die Beteiligung von Faschisten an der ukrainischen Regierung hat international weitreichende Kritik ausgelöst: Die Zusammenarbeit mit faschistischen, neofaschistischen und rechtspopulistischen Parteien darf nicht enttabuisiert werden. DIE LINKE hat die Zusammenarbeit mit antisemitischen und geschichts-revisionistischen Kräften in der Ukraine stets scharf kritisiert. Die Verharmlosung von Faschisten in der Ukraine muss sofort beendet werden. Es darf keine Finanzhilfen von der Bundesregierung und aus der EU geben, solange Faschisten an der Regierung beteiligt sind. Im Gegenteil, den Menschen muss geholfen, antifaschistisch-demokratische Organisationen müssen unterstützt werden.

Die Übergangsregierung in Kiew, die beim „Maidan“ die Besetzung öffentlicher Gebäude positiv bewertete, spricht bei ähnlichen Aktionen im Osten des Landes von „Terroristen“ und setzt auf Ultimaten und Gewaltandrohungen. Und die Regierungen Deutschlands, der EU und der USA messen wieder einmal mit zweierlei Maß. Janukowitsch wurde zu recht für sein Terrorismus-Vokabular kritisiert und zu einer politischen Lösung aufgefordert. Aber der „Anti-Terror-Einsatz“ des verfassungswidrig eingesetzten Präsidenten Turttschinow wird politisch vom Westen gedeckt, obwohl dieser sogar das Militär und die neu rekrutierte Nationalgarde einsetzt.

Die Proteste auf dem Maidan und alle Folgen seitdem sind längst kein ausschließlich ukrainisches innenpolitisches Ereignis mehr. Sie sind Teil der, im Einzelnen jeweils unterschiedlichen, Interessen der USA, der EU und Russlands, diese Region wirtschaftlich, politisch, auch militärisch zu kontrollieren. Die Interessen der Großmächte und der Europäischen Union sind nicht identisch mit den Interessen der Bürgerinnen und Bür-

ger der Ukraine und der Politik der europäischen Linksparteien. DIE LINKE kämpft für eine Umverteilung von oben nach unten, für Demokratisierung und gegen Militarisierung. Für DIE LINKE verlaufen die Grenzen in Europa nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten. Die Internationalisierung des Ukraine-Konflikts hat auch dazu geführt, dass der Schlüssel zur Lösung des Ukraine-Konflikts auch nicht allein in Kiew liegt.

Zur Sicherung des Friedens in Europa und für die weitere Entwicklung in der Ukraine schlägt DIE LINKE vor:

1. Alle am Konflikt Beteiligten bleiben aufgefordert, auf militärische Drohungen und erst recht auf die Anwendung von Gewalt zu verzichten. Auch völkerrechtswidrige territoriale Anschlüsse darf es nicht geben. Der Einsatz der Nationalgarde im Ostteil der Ukraine ist sofort zu stoppen. Die Stationierung von Einheiten der NATO und der Bundeswehr in Nachbarstaaten Russlands ist rückgängig zu machen. Die USA und die NATO müssen auf die Installierung des Raketenabwehrschirms in Europa verzichten. Die Modernisierung der in Deutschland stationierten US-Atomwaffen muss unterbleiben, die vorhandenen sind abzuziehen.

2. Die Konflikte um die Ukraine können nur durch Verhandlungen gelöst werden. An den Verhandlungen müssen auf internationaler Ebene neben den Ländern des „Budapester Memorandums“ USA, Großbritannien, Russland und Frankreich auch Polen und Deutschland beteiligt werden. Es muss verbindlich festgehalten werden, dass weder Georgien noch die Ukraine als Mitglieder in die NATO aufgenommen werden. Die Aussage der Bundesregierung, dass eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine derzeit nicht auf der Tagesordnung stünde, langt nicht aus. Es wäre zu begrüßen, wenn in den Verfassungen Georgiens und der Ukraine der Verzicht auf eine Mitgliedschaft in Militärbündnissen aufgenommen wird.

3. Durch eine neue Ost- und Entspannungspolitik müssen die Voraussetzungen für eine Überwindung der Konfrontation geschaffen werden: Europa braucht ein neues kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands, das die NATO überwindet und auf Abrüstung zielt. Eine neue Helsinki-Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ist sinnvoll. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) muss gestärkt und ausgebaut werden. Sie könnte der Rahmen für eine neue Helsinki-Konferenz und ein kollektives Sicherheitssystem in Europa

sein. Mit dem Einsatz der Militärbeobachter und dem Suggestieren, diese seien Mitglieder der Genfer OSZE-Mission, hat die Bundesregierung der von allen Konfliktparteien gebilligten OSZE-Mission einen Bärendienst erwiesen.

4. Die Ukraine als Brücke zwischen der EU und Russland darf von beiden Seiten nicht vor die Entscheidung „pro EU“ oder „pro Russland“ gestellt werden. DIE LINKE will die solidarische Zusammenarbeit mit Russland, mit den osteuropäischen Mitgliedsstaaten der EU, mit der Ukraine, Moldawien und Belarus ebenso wie mit Georgien, Aserbaidschan und Armenien. Das ist die Antwort der LINKEN auf die „Osterweiterung“ der NATO und die „Politik der östlichen Partnerschaft“ der Europäischen Union.

5. Die Konfliktparteien, einschließlich der „Aufständischen“ in der Südostukraine und der demokratischen Kräfte des Maidan, müssen an der Suche nach Lösungen des Konflikts beteiligt werden. Runde Tische unter der Vermittlung der OSZE sind ein mögliches Format für einen notwendigen Dialog. Faschistische Kräfte wie die Partei Swoboda und der „Rechte Sektor“ dürfen nicht an demokratischen Lösungsversuchen beteiligt werden.

6. Mit dem verfassungswidrig eingesetzten Präsidenten darf es keine weiteren internationalen Abkommen geben, die getroffenen sind illegitim. Erst nach der Bildung einer legitimen Regierung können weitergehende Verhandlungen geführt werden. Finanzielle Hilfen setzen vorherige demokratische Wahlen und das Ausscheiden der Faschisten und des Rechten Sektors aus der Übergangsregierung voraus. Solange Nazis in der Regierung sind, ist es völlig inakzeptabel, auch nur über Hilfskredite nachzudenken.

7. Dem Konflikt in der Ukraine liegen schwer wiegende soziale Probleme zu Grunde. Um sie zu lösen, ist die Heranziehung des Vermögens sämtlicher Oligarchen erforderlich, die mit ihrer Politik der rücksichtslosen Bereicherung großen Anteil an der Verelendung weiter Teile der Bevölkerung hatten.

8. Das Abkommen vom 21. Februar 2014 muss umgesetzt werden. Das Verhältnis von Ost- und West-Ukraine muss neu und demokratisch geordnet werden. Eine Föderalisierung der Ukraine ist ernsthaft zur Diskussion zu stellen. Rechtliche Garantien sollen die lokale und regionale Selbstverwaltung absichern.

9. Bei Finanzhilfen von EU und IWF bzw. bei einer Streichung von Auslandsschulden darf es keine Diktate in Richtung Sozialabbau geben. Für die Menschen in der Ukraine wäre es kein Fortschritt, wenn die Ausbeu-

Basistreffen BORiebeckplatz/Hofjäger  
am **11. Juni 2014 ab 16 Uhr** im Kartoffelhaus,  
Willy-Brandt-Straße 44

**18. Juni, 17 Uhr**

Der Gesprächskreis Gesellschaftskonzeptionen  
diskutiert über die Ergebnisse der Wahlen zum  
Stadtrat und zum Europaparlament  
im Cafe-Bistro des mdr Funkhauses.

tung durch die Oligarchen von der Austeritätspolitik einer „Troika“ oder von Diktaten des Weltwährungsfonds (IWF) abgelöst würde.

10. Faschistische Organisationen und bewaffnete Formationen in der Ukraine sind zu verbieten. Waffen dieser Formationen müssen unter Kontrolle der OSZE eingezogen werden. Die Gewaltakte im Zusammenhang mit den Maidan-Protesten und mit dem Brandanschlag auf das Gewerkschaftshaus in Odessa sind sorgfältig und transparent von einer unabhängigen internationalen Untersuchungskommission aufzuklären. Territoriale Integrität, Souveränität und die Unverletzlichkeit der Grenzen müssen wieder gesichert werden. Nur eine gemeinsam vereinbarte Rückkehr zum Völkerrecht bietet die Gewähr für Sicherheit in Europa. DIE LINKE unterstützt Aktionen der Friedensbewegung und der antifaschistischen Bewegung, die sich gegen die wachsende Kriegsgefahr, die Kriegsvorbereitung, die Eskalationspolitik und das Schüren von Faschismus und Nationalismus richtet.

Unser Platz ist dort, wo eine Friedenspartei hingehört: an die Seite derer, die für Frieden und Demokratie eintreten. Wir stehen an der Seite der Vernunft und die sagt auch hier:

\* Ja zu einem sofortigen Stopp sämtlicher Rüstungsexporte.

\* Nein zu Sanktionen.

\* Nein zur Logik der Eskalation.

\* Nein zum Einsatz von Militär.





## Leistung der Uniklinika würdigen, nicht schlecht reden

### Der Landtag debattierte zur Situation der Hochschulmedizin in Sachsen-Anhalt

„Na sagen sie mal, geht’s noch???“ Man kann die Frage unseres hochschulpolitischen Sprechers Hendrik Lange in Richtung Regierungskoalition flapsig oder anmaßend finden, allein sie war berechtigt. Wie in der Debatte um die Uniklinika in Sachsen-Anhalt selbige seit Tagen und Wochen von Koalitions- und Regierungsvertretern schlecht geredet werden, trotz jeder Beschreibung. Beschäftigte, Patient\_innen und Studierende werden verunsichert, beleidigt werden all jene, die an der Konsolidierung der Uniklinika mitarbeiten und ein Schuldbewusstsein für die Ursache der Defizite bleibt Fehlanzeige. „Ich finde, wer so handelt müsste sich dringend bei den Betroffenen entschuldigen! Und wir halten es für dringend gegeben, dass der Landtag ausdrücklich die Leistungen der Beschäftigten würdigt“, so Hendrik Lange.

Ja, die wirtschaftliche und strukturelle Situation der Uniklinika im Land ist schwierig, aber sie ist bei weitem nicht hoffnungslos, wie es manch verantwortungsloses Statement der vergangenen Wochen vermuten ließ. Vielmehr drängte sich gelegentlich der Verdacht auf, dass in Sachen Uniklinika mit dem Phänomen der selbsterfüllenden Prophezeiung gespielt wurde. Während die Fraktion der Grünen eine aktuelle Debatte zum Thema im Landtag auf den Plan rief, brachte die Fraktion DIE LINKE einen eigenen Antrag zur Zukunftssicherung der Hochschulmedizin ein. Ein Antrag, der der Landesregierung nicht mehr, aber auch nicht weniger abverlangt, als ihre im Hochschulmedizingesetz verankerte Verantwortung für die Uniklinika wahrzunehmen. Keine Privatisierung der Uniklinika, der Erhalt beider Hochschulmedizinstandorte samt Ausbildung in Halle und Magdeburg, keine Gefährdung der medizinischen Versorgung der Bevölkerung, der Einsatz auf Bundesebene und bei den Krankenkassen für bessere finanzielle Rahmenbedingungen entsprechend der realen Leistungen der

Uniklinika und der termingerechte Abschluss der Baumaßnahmen an der halleschen Zahnklinik waren die Forderungen, die die Fraktion DIE LINKE an die Landesregierung stellte. Mit dem Stopp des Verfahrens bei der Zahnklinik veranstaltet Finanzminister Bullerjahn nichts anderes, als einen längst gefassten Beschluss des Landtages zu torpedieren. „Die Zahnklinik ist in der Ausbildung und Forschung erfolgreich und deutschlandweit anerkannt. Sie hat nur zwei Probleme: einen Wasserschaden und einen Finanzminister, der seit 2 Jahren den Neubau verhindert. Und was sagt der Ministerpräsident dazu? Nix!!!“, kritisierte Hendrik Lange.

Dass der Antrag der Fraktion DIE LINKE letztlich mit den Stimmen der Koalition in den Ausschuss überwiesen wurde, lässt wohl die Interpretation zu, dass die Landesregierung in deren Augen richtig handelt, wenn sie Beschlüsse des Landtags nicht umsetzt. Bleibt die Frage, wie ernst sich die Fraktionen von CDU und SPD selber nehmen. Für die Landesregierung selbst hatte unser hochschulpolitischer Sprecher letztlich nur ein vernichtendes, aber gerechtfertigtes Urteil übrig: „Die Landesregierung schadet dem Land, schadet den Klinika, schadet den Hochschulen, schadet den Kultureinrichtungen, schadet dem Image. Die Liste ist lang, es ist Zeit, dass sich das endlich ändert!“

Quelle: dielinke-fraktion-lsa.de

